NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 14.10.2005, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	- e -
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte	
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela	
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis	
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus	- e -
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz	
Herr Aab, Peter	
Herr Acker, Matthias	
Herr Becker, Reinhold	- e -
Frau Brahms, Karin	
Herr Chatzievgeniou, Pandelis	
Frau Daser, Dagmar	
Herr Hussein, Schaker	
Herr Kemmler, Jan	
Frau Lotz-Halilovic, Erika	
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer, Heinrich	
Herr Meyer, Uwe	
Herr Dr. Musket, Ralf	
Frau Schlüter-Böhm, Julia	- e -
Frau Schröter, Roxane	
Frau Schulze-Stampe, Ursula	
Frau Seelig, Johanna	
Frau Sell, Sonja	
Herr Severin, Ulrich	
Herr Weidemann, Gerald wirtschaftlich o. technisch besonders erfahrene Person (Stellv.)	
Frau Wölk, Marianne	
Frau Dersch, Christine	- e -
Frau Gottschlich, Hannelore	- e -
Herr Heck, Hermann	
Herr Heubel, Christian	
Frau Kaufmann, Anita	
Herr Kissel, Winfried	
Herr Lohse, Ingo	
Frau Mehnert, Ute	
Frau Oppermann, Anne	
Frau Dr. Pötter, Claudia	
Herr Rehlich, Jürgen	
Frau Rising Hintz, Gunilla	- e -

Frau Röhrkohl, Anni	- e -
Frau Schaffner, Karin	
Herr Scherer, August	
Herr Usinger, Alexander	- e -
Herr Dr. Wulff, Reimer	
Frau Dr. Baumann, Petra	
Herr Flohrschütz, Rainer	
Herr Göttling, Dietmar	
Herr Keller, Manfred	
Frau Lakner, Anna Katharina	- e -
Frau Laßmann, Alev	
Herr Markus, Jürgen	
Frau Neuwohner, Elke	
Frau Perabo, Dr. Christa	
Herr Schäfer, Wolfram	
Frau Darabos, Alexandra	
Frau Kolter, Astrid	- e -
Herr Köster-Sollwedel, Henning	
Herr Metz, Peter	
Herr Faecks, Fridhelm	
Herr Schwindack, Frédéric	
Herr Zaun, Herbert	
Herr Röllmann, Jan-Bernd	
Frau Schwebel, Gerlinde	
Herr Wüst, Wilfried	
Herr Dr. Huesmann, Gregor	
Herr Ludwig, Heinz	- e -

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu **1** **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 17.40 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu **2** **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2005 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.
Die Stadtverordnete Schwebel (FDP) bemerkt, dass auf Seite 16 in der letzten Zeile das Wort „Enthaltung“ korrigiert werden muss „Entlastung“.

Weitere Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen.

Die Niederschrift wird in der geänderten Fassung genehmigt.

zu **3** **Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung liegen 3 Dringlichkeitsanträge vor.

1. Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen „Verhinderung der Genehmigung des Großbordells“ (VO/0614/2005)

   Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor. Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt, wurde in der Sitzung des Ältestenrates am 13. Oktober 2005 vereinbart, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Vorlage wird unter TOP 8 – Dringlichkeitsanträge aufgerufen. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlichkeitsantrag der PDS/ML-Fraktion „Verhinderung der Genehmigung des Großbordells“ (VO/0589/2005)

   Zur Sache spricht der Stadtverordnete Köster. Die PDS/ML-Fraktion beantragt, diesen Dringlichkeitsantrag ins Geschäftsordnungsverfahren zu geben. Eine Beratung in der heutigen Sitzung entfällt damit.

   Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

3. Dringlichkeitsantrag der PDS/ML-Fraktion „Mauer am ehemaligen Gefängnis“.

   Der Stadtverordnete Metz PDS/ML-Fraktion verliest den Dringlichkeitsantrag, da er den Stadtverordneten nicht vorliegt und

begründet ihn zusätzlich mündlich. Zur Sache spricht er Bürgermeister für den Magistrat. Der Stadtverordnete Severin (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit.

Die Antragstellende Fraktion erklärt jedoch, den Dringlichkeitsantrag nach den soeben gehörten Ausführungen des Bürgermeisters für erledigt. Eine Abstimmung über die Dringlichkeit erübrigt sich daher. Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachewünsche bekannt und geht auf die zurückgestellten Vorlagen ein.

Im übrigen wird die ausgedruckte Tagesordnung genehmigt.

Umbenennung der PDS/ML-Fratkion

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass sich die PDS/ML-Fraktion umbenannt hat in „Marburger Linke“.

zu **4** Fragestunde

Wie der Stadtverordnetenvorsteher mitteilt, werden die kleinen Anfragen Nummer 16, 19 und 20 mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen „Verhinderung der Genehmigung des Großbordells“ beantwortet. Die Anfragen werden somit im Rahmen Fragestunde nicht gesondert aufgerufen. Die Antworttexte sind jedoch in der Niederschrift enthalten.

zu **4.1** Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 1 10/2005) Vorlage: VO/0590/2005

Wie viele der eingeschulten Kinder in der Universitätsstadt Marburg haben davor städtische oder kirchliche Kindertagesstätten besucht? Hat sich diese Zahl in den letzten Jahren erhöht?

Es antwortet der Bürgermeister:

Zu der Anfrage liegen uns Zahlen der Jugendhilfeplanung und des hiesigen Gesundheitsamtes vor.
Die Zahlen der Jugendhilfeplanung beziehen sich auf das Kindergartenjahr 2003 / 2004 und sagen aus, dass 19 Kinder entweder keinen Kindergarten oder ggf. einen Kindergarten außerhalb Marburgs besuchten oder aber nach § 58 Abs. 1 des Hessischen Schulgesetzes auf Antrag der Eltern vorzeitig eingeschult wurden. Dies entspricht einem Prozentsatz von 3,3 %.

Die Zahlen des Gesundheitsamtes aus dem Jahr 2005 sagen aus, dass 96 % der einzuschulenden Kinder eine Tageseinrichtung besucht haben.
Diese aktuellen Zahlen des Gesundheitsamtes weisen einen leichten Rückgang der Besuche von Tageseinrichtungen auf, der aber u.E. vorsichtig zu

interpretieren ist.

Um 17.55 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Lassmann (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.

zu **4.2** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 2 10/2005)**
Vorlage: VO/0600/2005

Ergänzend zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für 2004 des DBM stelle ich die folgenden Fragen: Erhalten die Mitarbeiter Vorzugspreise im Vergleich zu Bürgern der Stadt, aber auch im Hinblick auf andere Leistungen des DBM (z. B. Vorzugspreise beim Betanken der Privatfahrzeuge)?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DBM erhalten keine spezifischen Vorzugspreise.

zu **4.3** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr. 3 10/2005)**
Vorlage: VO/0591/2005

Wie beurteilt der Magistrat das Verhalten eines Ortsvorstehers, der sich unter Verwendung seines Titels in den Bundestagswahlkampf einschaltete ?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es gibt keine Vorschrift, die es einem Ortsvorsteher verbietet, als Ortsvorsteher einen Wahlaufruf zu unterschreiben.
Heinz Wahlers hat einen solchen Wahlaufruf für Sören Bartol unterschrieben. Dieser Wahlaufruf wurde kurz vor der Bundestagswahl am 18. September verteilt. Das Verhalten von Heinz Wahlers ist nicht zu beanstanden.

Ein Hinweis für den Fragesteller:

Auch ein Ministerpräsident wie etwa Roland Koch lässt es sich nicht nehmen, sich als Ministerpräsident in den Bundestagswahlkampf einzuschalten. Das darf er. Und dieses Recht hat auch ein Ortsvorsteher.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Rehlich (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 4 10/2005)**
Vorlage: VO/0592/2005

Ist dem Magistrat bekannt, dass die alte Schützenpfuhlbrücke durch Graffiti verschandelt ist, und was gedenkt er dagegen zu tun?

Es antwortet der Bürgermeister:

Dem Magistrat ist bekannt, dass die Schützenpfuhlbrücke in weiten Teilen mit Graffiti besprüht ist. Das Entfernen der Graffiti würde allerdings voraussichtlich über 10.000 € kosten.
Diese Mittel können angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage nicht zur Verfügung gestellt werden. Daher muss dieser Zustand vorläufig hingenommen werden.

Zwei Zusatzfragen der Fragestellerin werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.5** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 5 10/2005)**
Vorlage: VO/0593/2005

Kann der Magistrat Auskunft darüber erteilen, inwieweit eine Betreuung durch Jugendpfleger im Jugendpavillon im Hansenhaus gegeben ist und ob es Konzepte für den weiteren Betrieb gibt?

Es antwortet der Bürgermeister:

Seit September 2003 ist der Jugendpavillon Hansenhaus für die Jugendlichen aus dem Stadtteil geöffnet.
Die offizielle Einweihung des Hauses wurde am 28. Okt. 2003 mit Politikerinnen und Politikern, mit den vielen Helferinnen und Helfern der Hansenhausgemeinde und den Jugendlichen zusammen gefeiert.

Nunmehr genau 2 Jahre ist der Pavillon für die außerschulische offene Jugendarbeit in Betrieb. Die pädagogische Betreuung der Gruppe wird von einem freien Mitarbeiter der Jugendförderung durchgeführt - Öffnungszeiten sind wöchentlich 3 Stunden.
Konzeptionell war vorgesehen, dass den älteren Jugendlichen allmählich eine zusätzliche Öffnungszeit in Eigenverantwortung übertragen werden sollte. Im letzten Jahr war jedoch zu beobachten, dass sich die älteren Jugendlichen ab ca. 16 Jahren mehr zu Aktivitäten in der Kernstadt hin bewegen und das Interesse am Jugendpavillon verloren hatten.
Die aktuelle vorhandene Clique im Jugendpavillon bewegt sich in der Altersspanne 13 -16 Jahre, die ganz stark die pädagogische Betreuung in Anspruch nimmt.

Bei den wöchentlichen Treffs steht im Vordergrund:

- Hausaufgaben besprechen u. Unterstützung geben
- Im Sommer Sportspiele im Freien
- In der kühlen Jahreszeit > Gesellschaftsspiele
- Musik hören
- Gespräche
- Auseinandersetzung mit Cliquen-Problemen (Freundschaften, Vorurteile, Vorbehalte gegenüber neuen Jugendlichen)

Ganz deutlich ist bei den aktuellen Besucherinnen und Besuchern zu spüren, dass sie gerne in ihrem Stadtteil, ihrem Pavillon sein möchten und nicht das Interesse haben, andere Jugendclubs zu besuchen oder an einer stadtteilübergreifenden Veranstaltung (z. B. Billard- oder Kickerturnier, Kletteraktion im Abenteuerparcour Stadtwald) teilzunehmen.
Im Herbst ist eine erste Tagesfahrt mit den Jugendlichen des Jugendpavillons

geplant.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (PDS/ML) und Wölk (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dagmar Daser (Nr. 6 10/2005)**
Vorlage: VO/0609/2005

In den laufenden Haushalt sind Gelder für ein Buscap, Wehrshäuser Straße, gegenüber der Wehrshäuser Grundschule eingestellt worden. Wann wird mit dem Umbau der Bushaltestelle begonnen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Auftrag für die Umbauarbeiten ist am 06.09.2005 an die Firma Hans-Heinrich Wiechern, Stadtallendorf erteilt worden. Wegen Urlaub der zuständigen Sachbearbeiterin wird die Maßnahme jedoch erst im Oktober 2005 begonnen. Bei geeigneter Witterung wird die Bauzeit ca. 2 bis 3 Wochen betragen.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dagmar Daser (Nr. 7 10/2005)**
Vorlage: VO/0594/2005

Sind für die Verkehrsberuhigung Wehrshäuser Straße, neben der Verengung, weitere Maßnahmen in Höhe der Schule und Kirche vorgesehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Demnächst erfolgt die bauliche Umgestaltung der Bushaltestelle in Richtung Elnhausen mit der vorgesehenen Einengung der Fahrbahn. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Anordnung der vorhandenen Parkplätze auf der Fahrbahn überprüft und ggf. geändert.

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich der Schule wird während der Unterrichtszeiten auf 30 km/h herabgesetzt.

zu **4.8** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 8 10/2005)**
Vorlage: VO/0601/2005

Der Fragesteller ist heute nicht anwesend. Die Anfrage wird somit schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Sind der Bauverwaltung "Schäden" am Feuerwehrgerätehaus in der Marbach bekannt?
Wenn ja, um welche handelt es sich, und wie sollen sie abgestellt werden?

Die während und nach der Baumaßnahme im Feuerwehrgerätehaus Marbach entstandenen Mängel sind bis auf die Putzausbesserung im Aufenthaltsraum und das Schließen der Bohrlöcher in der Fahrzeughallendecke gänzlich beseitigt. Bezüglich der Beseitigung dieser Restmängel wurde bereits seitens 65 mit der ausführenden Firma Kontakt aufgenommen, so dass diese Mängel in Kürze ebenfalls noch beseitigt werden.

Weitere Mängel sind dem Fachdienst 65 nicht bekannt.

zu **4.9** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Herbert Zaun (Nr. 9 10/2005)**
Vorlage: VO/0595/2005

Was gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um die durch Windbruch stark beeinträchtigte Nutzung des Götzenhainwegs durch Spaziergänger baldmöglichst wieder zu ermöglichen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der gesamte Waldbestand oberhalb des Götzenhainwegs ist in einem sehr labilen Stadium. Im Herbst/Winter 2005/2006 soll eine Durchförsterung des gesamten Bereiches vorgenommen werden.

Inwieweit die zur Zeit gesperrten in einem sehr schlechten Zustand befindlichen Fußwege wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, bedarf einer Überprüfung nach Abschluss der Baumfällungen. Jedoch ist bereits jetzt absehbar, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage und der damit einhergehenden Mittelkürzungen im Bereich der Grünflächenunterhaltung nicht alle Wege wieder in einen verkehrssicheren Zustand versetzt werden können. Der Fachdienst 67 wird jedoch dafür Sorge tragen, dass zumindest die wichtigsten Wegebeziehungen wieder in einen nutzbaren Zustand versetzt werden.

zu **4.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 10 10/2005)**
Vorlage: VO/0596/2005

Sieht der Magistrat den Bedarf, mit Hinweisschildern an der „Stadtautobahn" und den Radwegen auf die historische Bedeutung der Stadt Marburg bei Gründung des Landes Hessen und auf die historische Altstadt hinzuweisen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus diesem Grund hat die MTM in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdiensten Anfang diesen Jahres am Lahntal-Radweg an den Stadtgrenzen im Norden und Süden Tafeln errichtet, die Informationen (Stadtplan etc.) zu und über Marburg beinhalten. Dabei handelt es sich um standarisierte Darstellungen, die entlang des Lahntal-Radweges einheitlich vorgenommen wurden. Von weiteren Standorten entlang des Radweges und innerhalb des Stadtgebietes wurde auf Grund der Hochwassergefahr abgesehen.

Die braunen Hinweisschilder auf kulturhistorische Sehenswürdigkeiten an der

Stadtautobahn sind ein Dauerthema. Mittlerweile gehören diese Schilder nahezu zum Standardprogramm für touristisch bedeutsame Städte und Regionen. Die MTM wünscht sich schon lange eine Umsetzung und ist daher seit längerem mit den zuständigen städtischen Fachdiensten in Kontakt. Nicht zuletzt aus diesem Grund hatte der FD Tiefbau einen Betrag in Höhe von 10.000 € in den Haushalt 2005 eingestellt, der jedoch leider der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fiel. Hinsichtlich des Jubiläumsjahres 2007 (Hl. Elisabeth) ist eine Umsetzung jedoch dringend wünschenswert.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU) und Severin (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 11 10/2005)**
Vorlage: VO/0597/2005

Was ist vom Personal und den Aktivitäten der Fachstelle für Jugendberufshilfe entfallen, wenn man September 2002 mit September 2005 vergleicht?

Es antwortet der Bürgermeister:

Bei einem Vergleich der aktuellen Situation der Fachstelle Jugendberufshilfe (Personal und Aktivitäten) mit der vor drei Jahren müssen drei Sachverhalte berücksichtigt werden :

* Im September 2002 gab es keine eigenständige Fachstelle der Stadt Marburg, sondern eine gemeinsame Fachstelle mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf.
* Diese gemeinsame Fachstelle war Bestandteil eines landesweiten Programmes des Hessischen Sozialministeriums, über das allein die Stadt Marburg einen jährlichen Personalkostenzuschuss in Höhe von 51.129,--€ erhielt.
* Damals gab es z.T. zwangsläufig andere Betätigungsfelder für eine kommunale Jugendberufshilfe, da das SGB II (und damit verbunden das KreisJobCenter des Landkreises mit seinem Fallmanagement) noch in weiter Ferne lag.

Auf diesem Hintergrund kann die Frage wie folgt beantwortet werden :

1) Im September 2002 entfielen von den Stellen der gemeinsamen Fachstelle 2 Stellen für pädagogische Fachkräfte und eine 0,25 Stelle für eine Verwaltungsfachkraft auf die Stadt Marburg.Im September 2005 waren im Rahmen der städtischen Jugendberufshilfe 1,2 Stellen mit pädagogischen Fachkräften besetzt.

2) Von den Aktivitäten des Jahres 2002 ist fast der gesamte strategische Bereich erhalten geblieben, der in der Zwischenzeit sowohl qualitativ als auch quantitativ eher noch an Bedeutung gewonnen hat. Weggefallen ist seit Herbst 2004 erst einmal der operative Bereich (also die Information, Beratung und Betreuung einzelner junger Menschen sowie gruppenpädagogische erlebnis- und handlungsorientierte Angebote in Ergänzung des Projektes „ Berufsorientierung „ des Jugendbildungswerkes), wobei es allerdings aktuelle Bestrebungen gibt, dieses Tätigkeitsfeld in einer neuen Form der Kooperation mit dem Landkreis erneut zu installieren.

Eingestellt wurde Ende 2003 außerdem die Ausgabe des Arbeitslosenpasses, da er damals auf Grund der veränderten inhaltlichen Ausrichtung der Fachstelle seine ursprüngliche Bedeutung eingebüßt hatte.Die im Jahr 2002 noch

existierende Durchführung und Betreuung von ABM für junge Menschen ist mittlerweile abgelöst worden von entsprechenden und spezifischen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.

Neu ist seit knapp zwei Jahren das Projekt „ Alt hilft jung „, das z.Z. in Kooperation mit der Freiwilligenagentur Marburg, dem Jugendbildungswerk und der Friedrich-Ebert-Schule durchgeführt wird.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (PDS/ML) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köser (Nr. 12 10/2005)**
Vorlage: VO/0598/2005

Wie viele Marburger wurden im Rahmen von Hartz IV im Monat September vom Kreis-Job-Center mit welchen Folgen bedrängt, ihre Wohnung aufzugeben?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Eine Nachfrage beim Kreis-Job-Center hat ergeben, dass dort keine Statistik - und das noch getrennt nach Marburger Bürgerinnen und Bürger und im Landkreis wohnende LeistungsempfängerInnen sowie nach Monaten differenziert - geführt wird, die Aufschluss über die o.a. Frage geben könnte. Somit ist leider keine Antwort möglich.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (PDS/ML), Severin (SPD), Schwebel (FDP) und Kissel (CDU) werden ebenfalls durch die Stadträtin und den Bürgermeister beantwortet.

Um 18.17 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu **4.13** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 13 10/2005)**
Vorlage: VO/0599/2005

Wie ist der Organisationsstand des „Marburger Bündnis für Familien" und welche Schritte sind für die nahe Zukunft geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Marburger Bündnis für Familie versteht sich als Arbeitsbündnis lokaler Akteure, die gemeinsam Familienpolitik gestalten und voranbringen wollen. Familie - dazu zählen Frauen, Männer, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen.

Zur Struktur des Marburger Bündnisses für Familie gehört ein Kuratorium.
Dieses Kuratorium hat sich am 21. September konstituiert. Ihm gehören Frauen und Männer aus Wirtschaft und Handel, der Universität, den Kirchen, dem DGB an. Die Mitglieder dieses Kuratoriums sollen eingebunden werden in Arbeitsgruppen, die einzelne Fragestellungen wie etwa Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit, Betreuung und Sorge für ältere Menschen, Armut, die Situation von Migranten-Familien beleuchten und konkrete, in Marburg umzusetzende Vorschläge erarbeiten.

Anfang November wird eine verwaltungsinterne Gruppe die Vorschläge für diese praktische Arbeit konkretisieren. Die Ergebnisse werden dann im November im Kuratorium beraten und als Arbeitsaufträge an einzelne Arbeitsgruppen vergeben.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 14 10/2005)**
Vorlage: VO/0610/2005

Wie schätzt der Magistrat den Erfolg der Aktion „Innen - Gewinnen!" ein, und wann erhalten die Stadtverordneten eine detaillierte Auswertung?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat bewertet das vierwöchige Programm „Innen - Gewinnen! Familien erobern Marburg" vom 10. September bis 9. Oktober positiv - nicht nur wegen der Preisträgerschaft beim Wettbewerb „Ab in die Mitte. Die Innenstadtoffensive Hessen 2005" des Hessischen Wirtschaftsministeriums. Die positive Bewertung gilt in mehrfacher Hinsicht:

- Mit der Inszenierung der Innenstadt für Kinder und Familien wurde ein wichtiges und aktuelles Thema aufgegriffen und in vielfältiger Weise umgesetzt - vom Hausboot als Flusskindergarten über das Citygame „Kampf der Mächte", den Workshop „Hinter den Kulissen des Kaufhauses" bis zur festlichen Eröffnung des neuen Spiel- und Aufenthaltsortes Am Plan.

- Die Resonanz bei Veranstaltungen und Workshops war sehr erfreulich. Mehr als die Hälfte der Workshops war ausgebucht. Insgesamt wurden 2060 junge und ältere Besucherinnen und Besucher gezählt. Dabei sind nicht die Besucher von mehreren Veranstaltungen gezählt, die eigenständig organisiert wurden, aber werblich angebunden waren wie das Mittelalterliche Spectaculum im Schlosspark, der Aktionstag „In die Stadt ohne mein Auto" oder der Elisabethmarkt.

- Bei „Innen - Gewinnen!" wurden Kooperationsbeziehungen zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung hergestellt oder verstärkt. Dieses Netzwerk ist auch für künftige Aktivitäten zum Thema Innenstadt bzw. Kinder und Familien mobilisierbar.

- Eine genauere Auswertung von „Innen - Gewinnen!" erfolgt im November mit allen Akteuren.

zu **4.15** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 15 10/2005)**
Vorlage: VO/0616/2005

Kommen Regressforderungen und - wenn ja - in welcher Höhe auf die Stadt zu, wenn sie das Großbordell nicht genehmigt?

Es antwortet der Bürgermeister:

Es kommen Regressforderungen auf die Stadt zu, wenn sie das Großbordell nicht genehmigt, da eine Versagung rechtswidrig wäre. Die Frage nach der Höhe der Regressforderungen kann nicht beantwortet werden, da der Stadt Marburg keine ausreichenden Informationen über einschlägige Investitionen der Antragsteller vorliegen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Oppermann (CDU), Köster (PDS/ML) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.16** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 16 10/2005)**
Vorlage: VO/0604/2005

Die Kleine Anfrage wird schriftlich mit der Niederschrift beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Wie wird der Betreiber des geplanten Großbordells zur Verantwortung gezogen, wenn sich bei Kontrollen herausstellt, dass illegal Beschäftigte oder Zwangsprostituierte im Laufhaus arbeiten?
(Zur Erläuterung: Es wird berichtet, dass der Betreiber lediglich als Vermieter fungiert und sich der Verantwortung entzieht)

Werden im Bereich der Gaststätte illegale Tätigkeiten festgestellt, erfolgt der Widerruf der Gaststättenerlaubnis.
Bei strafrechtlichen Verstößen des Betreibers des Laufhauses prüft das Regierungspräsidium Gießen, inwieweit eine Gewerbeuntersagung nach der Gewerbeordnung möglich ist.

Unabhängig davon werden bei begründetem Verdacht Strafverfahren gegen jede in diesem Bereich tätige Person eingeleitet.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 17 10/2005)**
Vorlage: VO/0611/2005

Wie hoch ist der Anteil ausländischer Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Richtsberg?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Anteil ausländischer Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Richtsberg beträgt 18,1 %. Die am stärksten vertretenen Nationalitäten sind:

Ukraine:	191
Russland:	184
Türkei:	176
Serbien / Montenegro:	97
Afghanistan:	69

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Fridhelm Faecks (Nr. 18 10/2005)**
Vorlage: VO/0608/2005

Hat die Universitätsstadt Marburg sich an der Präsentation der Region Mittelhessen im Rahmen des Vereins MitteHessen bei der Expo Real-Messe in München im Oktober beteiligt und wenn ja mit welchem Betrag - wenn nein, warum nicht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Universitätsstadt Marburg hat sich an der Präsentation entsprechend der Zielsetzung der „Expo Real" mit Informationen über Gewerbe- und Industrieflächen in Marburg beteiligt: Bild- und Datenmaterial zu den Flächen Görzhäuser Hof II, Gisselberg-Nord, Cappel-Süd als Flyer, die am Stand ausgelegt waren, sowie als Projektion am Stand von MitteHessen im Wechsel mit anderen mittelhessischen Angeboten. Soweit die Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg mbH (SEG) Eigentümer von Flächen ist, wurden auch von dort Informationsmaterialien am Stand von MitteHessen präsentiert. Eine darüberhinausgehende Beteiligung von Seiten der Stadt Marburg ist nicht erfolgt. Kosten sind der Stadt nicht entstanden.

Ob das Engagement Marburgs auf künftigen „Expo Real-Messen" im Rahmen des MitteHessen-Standes ausgeweitet wird und dann auch Geld kosten wird (ca. 5.000 €), wird nach Auswertung der Erfahrungen auf der diesjährigen „Expo Real" gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Vereins MitteHessen zu entscheiden sein.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Faecks (BfM) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.19** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 19 10/2005)**
Vorlage: VO/0605/2005

Auch diese kleine Anfrage wird schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Mit welchen Mitteln wird die Stadt Marburg beim künftigen Bordellbetrieb in der Siemensstraße die Straftatbestände „Ausbeutung von Prostituierten (§ 180 a StGB) und „Zuhälterei (§ 181 a StGB) zu verhindern versuchen?

Durch offene wie auch verdeckte Ermittlungen und Kontrollen werden Polizei und Ordnungsamt versuchen, Straftaten zu verhindern und aufzudecken.

Bereits bei begründetem Verdacht werden Strafverfahren eingeleitet.

zu **4.20** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 20 10/2005)**
Vorlage: VO/0606/2005

Diese kleine Anfrage wird schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Wie viele zusätzliche Ordnungskräfte wird die Stadt im Ordnungsamt bereitstellen bzw. beim Land Hessen als Polizeidienststellen beantragen, um beim künftigen Bordellbetrieb in der Siemensstraße Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsprostitution und Menschenhandel durch Kontrollen zu verhindern?

Die finanziellen Möglichkeiten des Landes und der Stadt lassen es nicht zu, zusätzliches Personal einzustellen.

Mit den vorhandenen Strukturen und Einsatzkräften der Polizei und des Ordnungsamtes ist es möglich, die notwendigen Kontrollen und Ermittlungen durchzuführen.

zu **5** **Umstrukturierung der Stadthallen- und Freilichtbühnenverwaltung in eine eigenbetriebsähnliche Form**
Vorlage: VO/0502/2005

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Die Angelegenheit wurde vom Magistrat zurückgestellt bis zum Januar 2007.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage bis zu diesem Termin zurück.

zu **6** **Bauleitplanung der Stadt Marburg;**
Beschluss zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes Nr. 20/3 im Bereich des Stadtteiles Cyriaxweimar, Gebiet Marktweg

Vorlage: VO/0534/2005

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Teilbereich am westlichen Rande Cyriaxweimars wird die Teiländerung Nr. 20/2 des Flächennutzungsplanes gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

zu **7** **Bauleitplanung der Stadt Marburg;**
Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 20/5 im Stadtteil Cyriaxweimar, Gebiet Marktweg

Vorlage: VO/0533/2005

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für das im beiliegenden Plan umgrenzte Gebiet, im Anschluss an den westlichen Ortsrand des Stadtteiles Cyriaxweimar, wird die Aufstellung des Bebauungsplanes
Nr. 20/5 gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

zu **8** **Dringlichkeitsanträge**

zu **8.1** **Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. Verhinderung der Genehmigung des Großbordells**
Vorlage: VO/0614/2005

Der Stadtverordnetenvorsteher spricht zu dem Antrag, der allen Stadtverordneten als Tischvorlage vorliegt. Der Text wurde zwischen den Fraktionen im Ältestenrat vereinbart. In der heutigen Sitzung des Ältestenrates, die kurz vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden hat, wurde der Beschlusstext des Antrages nochmals verändert. Er lautet jetzt wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg spricht sich generell gegen weitere Bordellbetriebe aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und voll auszuschöpfen, um die Genehmigung eines Bordellbetriebes wie in der Siemensstrasse und weitere Bordellbetriebe abzulehnen.
Dazu gehört auch die Prüfung der Änderung der Sperrbezirksverordnung.

Diese Beschlussformulierung liegt den Stadtverordneten nun als Beratungsgrundlage vor.
Zur Sache spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg spricht sich generell gegen weitere Bordellbetriebe aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und voll auszuschöpfen, um die Genehmigung eines Bordellbetriebes wie in der Siemensstrasse und weitere Bordellbetriebe abzulehnen.
Dazu gehört auch die Prüfung der Änderung der Sperrbezirksverordnung.

zu **9** **Anträge der Fraktionen**

zu **9.1** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Zufahrt Parkhaus Pilgrimstein von Süden**
Vorlage: VO/0264/2005

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften ist der Antragstext von der antragstellenden Fraktion in nachfolgende Fassung geändert worden:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob eine Zufahrtsmöglichkeit zum Parkhaus Pilgrimstein über die Wolffstraße eingerichtet werden kann.

Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt jedoch der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des so geänderten Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet anhand der Niederschrift dieses Ausschusses. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Lohse (CDU), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (ML), Röllmann (FDP), Sell (SPD), Oppermann (CDU) und Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP, BfM und MBL sowie bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und ML folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu **9.2** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Veröffentlichung der Beschlüsse des Denkmalbeirats und des Beirats für Stadtgestaltung**
Vorlage: VO/0401/2005

Die Vorlage ist bereits mehrfach zurückgestellt worden, weil die antragstellende Fraktion eine Neufassung vorlegen wollte. Dies ist bisher nicht geschehen.

Der Antrag wird weiterhin zurückgestellt.

zu **9.3** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Richtlinien zum Marburger Stadtpass**
Vorlage: VO/0409/2005

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es spricht der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Metz (ML), Lotz-Halilovic (SPD), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (ML) und Oppermann (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der ML mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Während der Aussprache hat um 19.32 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

zu **9.4** **Antrag der BFM-Fraktion betr. Universitätsstadt Marburg**
Vorlage: VO/0416/2005

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90 /Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag als erledigt zu erklären. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde auch hier angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Zaun (BfM), Sell (SPD), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Rehlich (CDU), Faecks (BfM) und Röllmann (FDP), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Wulff (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus BfM, FDP, MBL und CDU sowie bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und ML folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Um 20.07 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu **9.5** **Antrag der CDU-Fraktion betr.: Fahrtkostenerstattung für Schüler/innen vom und zum Richtsberg nach der neuen Rechtslage**
Vorlage: VO/0535/2005

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, für den Bereich des Richtsbergs eine Aufstellung vorzulegen, aus der entweder durch Angabe der betreffenden Straßen bzw. Hausnummern oder durch visuelle Markierung des jeweiligen Gebiets ersichtlich wird, welche Schüler/innen einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung zum nächstgelegenen Gymnasium bzw. Realschule haben könnten.
Diese Aufstellung sollte heben den Stadtverordneten auch den Eltern sowie den Schulen zur Verfügung gestellt werden.
An der Richtsbergschule sollte den Eltern Aufklärung gegeben werden, dass Schüler/innen aus dem Stadtgebiet ebenfalls nach der neuen Rechtsprechung Anspruch auf Fahrtkostenerstattung haben könnten.

zu **9.6** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Sicherung der maßstäblichen Bebauung im Stadtteil Ockershausen**
Vorlage: VO/0559/2005

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften und im Umweltausschuss beraten worden. Im beiden Gremien wurde der Antrag zunächst an den Ortsbeirat des Stadtteils Ockershausen zur Beratung überwiesen.

Somit stellt die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zurück bis der Ortsbeirat Ockershausen ein Votum abgegeben hat.

zu **9.7** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Bismarckpromenade**
Vorlage: VO/0561/2005

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob der Weg der Bismarckpromenade in der Weise befestigt werden kann, dass er bei jedem Wetter begehbar ist.

zu **9.8** **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Ortsbeirat Richtsberg Vorlage: VO/0578/2005**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich beraten worden. Die Vorlage wurde weiterhin durch die antragstellende Fraktion im Laufe der Haupt- und Finanzausschusssitzung durch einen Änderungsantrag abgeändert. Dieser Änderungsantrag hat folgenden Text:

Der erste Abschnitt wird um den Satz ergänzt:

„Zur nächsten Kommunalwahl soll erstmals in diesem Ortsbezirk Richtsberg ein Ortsbeirat gewählt werden."

Der zweite Abschnitt wird durch die Änderung der Hauptsatzung ersetzt:

1. **§ 3 der Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg wird wie folgt geändert:**

   Als Abs. 3 wird neu eingefügt:

   Für den Stadtteil Richtsberg wird ein Ortsbeirat eingerichtet.

   Als Ortsbezirk Richtsberg gilt i. S. d. § 81 Abs. 1 HGO das Gebiet des Stadtteils Richtsberg bestehend aus den Straßen: Am Richtsberg, Beltershäuser Straße, Berliner Straße, Chemnitzer Straße, Damaschkeweg, Dresdener Straße, Eisenacher Weg, Erfurter Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Görlitzer Weg, Greifswalder Weg, In der Badestube, Jenaer Weg, Karlsbader Weg, Leipziger Straße, Pommernweg, Potsdamer Straße, Rostocker Weg, Sonnenblickallee, Sudetenstraße, Weimarer Weg, Wittenberger Weg.

2. **Die bisherigen Absätze 3,4 und 5 werden zu Absätzen 4, 5 und 6.**

3. **Im § 7 der Hauptsatzung wird zwischen Stadtteilen Ockerhausen und Ronhausen folgende Ergänzung eingefügt:**

   Richtsberg: **Friedrich-Ebert-Straße 19 – 27 (Geschäftszentrum)**
   Damaschkeweg 96 (Sozialzentrum BSF)

Berliner Straße Einmündung Leipziger Straße
Am Richtsberg 66 (Treffpunkt Richtsberg)
In der Badestube 39 (Gertrudisheim)

Weiterhin hat der Stadtverordnete Severin für die antragstellende Fraktion mitgeteilt, dass im letzten Absatz des Beschlusstenors der Begriff „Stadtteil“ um den Begriff „Ortsbezirk“ ergänzt wird.

Die Fraktion Marburger Linke ist dem so geänderten Antrag beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass der Magistrat hinsichtlich der Schautafeln für die amtlichen Bekanntmachungen im Stadtteil Michelbach noch eine Ergänzung vorschlägt. Folgender Passus ist noch hinzuzufügen:

4. Im § 7 Abs. 3 der Hauptsatzung wird bei der Aufzählung Michelbach der Standort der Schautafel für die amtlichen Bekanntmachungen „Kirchgasse (Backhaus)“ gestrichen und durch den Standort „Stümpelstal 1“ ersetzt.

Alle diese Änderungen sind in eine Neufassung des Antrages eingeflossen, die heute den Stadtverordneten als Beschlussgrundlage dient.

Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden, dass über diesen ergänzten Antrag abgestimmt werden soll. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Lotz-Halilovic (SPD), Köster (ML), Röllmann (FDP), Dr. Huesmann (MBL), Keller (Bündnis 90/Die Grünen), Rehlich (CDU) und Faecks (BfM). Der Stadtverordnete Faecks beantragt während seines Redebeitrages, die Voralge an den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform zu überweisen.

Weiter sprechen der Stadtverordnete Löwer (SPD) und der Oberbürgermeister.

Während der Debatte hat von 21.00 Uhr bis 22.01 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe (SPD) die Sitzungsleitung übernommen. Ab 22.01 Uhr wird die Sitzung wieder durch den Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) geleitet.

Nach der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher somit zunächst über den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Faecks (BfM) abstimmen, die Vorlage an den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform zu überweisen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, BfM, FDP und MBL bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

Sodann stellt der Stadtverordnetenvorsteher einem Wunsch aus der CDU-Fraktion entsprechend die einzelnen Bestandteile des Antrages getrennt zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, ML, und einer Stimme aus der MBL bei Nein-Stimmen aus CDU, FDP und BfM, also mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, folgenden Beschluss:

1. Es wird gemäß § 81 Abs. 1 Satz 1 HGO festgestellt, dass der bisher so genannte Ortsbereich Marburg - Richtsberg künftig als Ortsbezirk Richtsberg im Sinne der HGO festgeschrieben wird.

Zur nächsten Kommunalwahl soll erstmals in diesem Ortsbezirk Richtsberg ein Ortsbeirat gewählt werden.

<u>Änderung der Hauptsatzung:</u>

§ 3 der Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg wird wie folgt geändert:

Als Abs. 3 wird neu eingefügt:

Für den Stadtteil Richtsberg wird ein Ortsbeirat eingerichtet.

Als Ortsbezirk Richtsberg gilt i. S. d. § 81 Abs. 1 HGO das Gebiet des Stadtteils Richtsberg bestehend aus den Straßen: Am Richtsberg, Beltershäuser Straße, Berliner Straße, Chemnitzer Straße, Damaschkeweg, Dresdener Straße, Eisenacher Weg, Erfurter Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Görlitzer Weg, Greifswalder Weg, In der Badestube, Jenaer Weg, Karlsbader Weg, Leipziger Straße, Pommernweg, Potsdamer Straße, Rostocker Weg, Sonnenblickallee, Sudetenstraße, Weimarer Weg, Wittenberger Weg.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, ML, und einer Stimme aus der MBL bei Nein-Stimmen aus CDU, FDP und BfM, also mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, folgenden Beschluss:

2. Die bisherigen Absätze 3,4 und 5 werden zu Absätzen 4, 5 und 6.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, ML, und einer Stimme aus der MBL bei Nein-Stimmen aus CDU, FDP und BfM, also mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, folgenden Beschluss:

3. **Im § 7 der Hauptsatzung wird zwischen Stadtteilen Ockerhausen und Ronhausen folgende Ergänzung eingefügt:**

Richtsberg:	**Friedrich-Ebert-Straße 19 - 27 (Geschäftszentrum)** **Damaschkeweg 96 (Sozialzentrum BSF)** **Berliner Straße Einmündung Leipziger Straße** **Am Richtsberg 66 (Treffpunkt Richtsberg)** **In der Badestube 39 (Gertrudisheim)**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

4. **Im § 7 Abs. 3 der Hauptsatzung wird bei der Aufzählung Michelbach der Standort der Schautafel für die amtlichen Bekanntmachungen „Kirchgasse (Backhaus)“ gestrichen und durch den Standort „Stümpelstal 1“ ersetzt.**

Zukünftig soll in Stadtteilen/Ortsbezirken, in denen die Bürgerinnen und Bürger die Einrichtung eines Ortsbeirates wünschen, geprüft werden, ob ein Ortsbeirat einzurichten ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass damit alle Antragsbestandteile abgestimmt wurden.

zu **9.9** **Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Essensversorgung in den Kindertages- und -betreuungseinrichtungen mit Nahrungsmitteln aus ökologischer und regionaler Erzeugung.**
Vorlage: VO/0580/2005

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und soll zunächst an folgende Gremien überwiesen werden:

- Sozialausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Schul- und Kulturausschuss

Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Der Antrag wird vertagt.

zu **10** **Kenntnisnahmen**

zu **10.1** **Fuß- und Radweg oberhalb des Marbacher Weges**
Vorlage: VO/0485/2005

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung abgehandelt. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22.10 Uhr.

Anlagen
Dringlichkeitsanträge

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Vorsitzende/r
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle